

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Herauslösung der Landwirtschaft aus der EU-Industrieemissionsrichtlinie und Anhebung der Schwellenwerte

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Paket zur Vereinfachung der Umweltvorschriften auf europäischer Ebene adaptiert wird. Dabei soll einerseits die Landwirtschaft aus der EU-Industrieemissionsrichtlinie herausgelöst und andererseits die Schwellenwerte auf mindestens 600 Großvieheinheiten pro Betrieb angehoben werden.

Begründung

Im Zuge der Novelle der EU-Industrieemissionsrichtlinie wurden die Schwellenwerte für Großvieheinheiten in landwirtschaftlichen Betrieben deutlich herabgesetzt. Dies führt dazu, dass nach einer schrittweisen Herabsetzung der Werte ab dem 1. September 2030 die Schwellenwerte final um bis zu 76 % gesenkt werden.

Die Novelle stellt die heimische Landwirtschaft daher vor große Herausforderungen, da sie dazu führt, dass in Oberösterreich hunderte kleinstrukturierte, familiär geprägte, bäuerliche Betriebe in den nächsten Jahren einer verpflichtenden IPPC-Prüfung unterliegen könnten. Diese Genehmigungsverfahren sind komplex, zeitaufwendig und besonders kostenintensiv. Sie beeinträchtigen somit die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Bäuerinnen und Bauern, was angesichts der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens Mercosur besonders gravierend ist.

Bei vielen Betrieben ist zudem fraglich, ob die bestehenden Stallungen überhaupt mit einem wirtschaftlich vertretbaren Investitionsaufwand an die künftig geforderten Standards herangeführt werden können. Schließen Betriebe oder entscheiden sie sich gegen eine Erweiterung, sinkt die Inlandsproduktion. Dies führt bei gleichbleibendem Konsum zu steigenden Importen – häufig aus Ländern mit deutlich niedrigeren Tierwohl- und Umweltstandards – sowie zu einer Destabilisierung beziehungsweise Gefährdung der regionalen Lebensmittelversorgung.

Die unterzeichnenden Abgeordneten fordern daher eine Adaptierung des Pakets zur Vereinfachung der Umweltvorschriften (Umwelt-Omnibus), insbesondere in Form einer Herauslösung der Landwirtschaft aus der EU-Industrieemissionsrichtlinie und einer Anhebung der Schwellenwerte auf mindestens 600 Großvieheinheiten pro Betrieb.

Linz, am 27. Jänner 2026

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Aspalter, Angerlehner, Ecker, Gneißl, Grünberger, Hiegelsberger, Kirchmayr, Lengauer, Mader, Naderer, Stanek

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

S. Binder, Dim, Fischer, Graf, Gruber, Handlos, Hofmann, Klinger, Kroiß, Mahr, Schießl